

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 09.01.2014

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

**Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)**

- | | | |
|------|--|--------------------------|
| 4. | Bedarfsbeschluss mit Raumprogramm und Planungsbeschluss für eine neue Sporthalle im Stadtosten
- Antrag Grüne Liste Nr. 003/2014
- Schreiben HCE | 52/242/2013
Beschluss |
| 7.1. | Personalaufstockung AWO-Flüchtlingsbetreuung
zum Antrag der Grünen Liste Nr. 254/2013 vom 23.12.2013
Tischaufgabe | V/028/2014
Beschluss |
| 7.2. | Dringlichkeitsantrag Nr. 001/2014 der Erlanger Linke zum StR am 09.01.2014: Behandlung unseres Antrages 235/2013 zum Schutz der GBW Wohnungen
Tischaufgabe | |
| 10. | Aussprache über den Haushalt 2014 sowie Behandlung evtl. Änderungsanträge und Beschlussfassung über die vom HFPA zurückgestellten bzw. in den Stadtrat verwiesenen Änderungsanträge zum Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Investitionsprogramm
- Antrag Grüne Liste Nr. 255/2013
- Antrag Erlanger Linke Nr. 004/2014
- Antrag Grille/Jarosch Nr. 005/2014
- Antrag Grille/Jarosch Nr. 006/2014 | II/275/2013
Beschluss |
| 14. | Haushalt 2014 - Abgleichsvorschlag
möglicher Abgleichsvorschlag | II/277/2013
Beschluss |

Gegen 19:00 Uhr ist eine Sitzungspause mit Imbiss vorgesehen.

Fraktionsantrag gemäß § 28 Gescho

Eingang: 08.01.2014
Antragsnr.: 003/2014
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: I/52
mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 08.01.2014

Antrag zum Stadtrat am 9.1.14, TOP 4 „Bedarfsbeschluss mit Raumprogramm und Planungsbeschluss für eine neue Sporthalle im Stadtosten“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der kommenden Sitzung des Stadtrats am 9.1.2014 soll der Bedarf für eine neue Sporthalle im Stadtosten an der Hartmannstraße anerkannt und die Verwaltung beauftragt werden, einen Architektenwettbewerb einzuleiten. Für die Haushaltsberatungen am gleichen Tag stehen Anträge auf der Tagesordnung, für diese Sporthalle im zu beschließenden Haushalt bis zu 2.000.000 Euro für den Baubeginn einzustellen.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Anträge nicht auf plötzlich erwachter Liebe zum Schul- und Breitensport fußen, auch wenn der Bedarf dieser Halle zuvorderst mit einem rechnerischen Bedarf für den Schulsport begründet wird. Im Rahmen des genannten Bedarfsbeschlusses ist zwar keine Rede davon, Auslöser dieser Diskussion ist aber bekanntermaßen der mögliche Aufstieg des HC Erlangen in die erste Handballbundesliga, der aufgrund der – in unseren Augen völlig überzogenen – Lizenzvorgaben des Deutschen Handballbundes einen Umzug des HCE in eine größere Halle und somit (mangels Alternative) in eine andere Stadt notwendig machen würde.

Der aktuelle Erfolg ist dem HCE und seinen Fans natürlich zu gönnen, eine Unterstützung des Profi-Handballs fällt in unseren Augen aber – im Gegensatz zum Schul- und Breitensport – nicht unter die kommunale Daseinsfürsorge. Gerade ein finanzielles Engagement der Stadt in diesem Bereich muss daher wie alle freiwilligen Leistungen genau abgewogen und bei der Prioritätensetzung entsprechend eingeordnet werden. Speziell bei diesem Projekt muss aber auch sichergestellt sein, dass der Schul- und Breitensport nicht zum Mittel zum Zweck verkommt, sondern dieses Vorhaben auch hierfür die beste Lösung darstellt. Oder als Frage formuliert: würden Sportamt und Stadtplanung auch dann eine Halle an der Hartmannstraße empfehlen, wenn der HCE nicht vor einem Aufstieg stehen würde?

Wir sind skeptisch vor allem bezüglich der Finanzierbarkeit dieses Vorhabens, haben es aber bisher aufgrund der Chancen für den Schul- und Breitensport nicht abgelehnt. Wir werden dies auch weiterhin nicht tun, wenn Augenmaß und Vernunft an den Tag gelegt wird. Um dieses sicher zu stellen, stellen wir folgende

Anträge:

1. Die Verwaltung stellt vergleichend dar, welche Alternativen es zum Standort Hartmannstraße gibt, um den Bedarf im Schul- und Breitensport abzudecken, wie z.B. mehrere einzelne Hallen oder Anbauten an bestehenden Sporthallen.
2. Die Mehrkosten für den geplanten Hallenneubau, die durch die Berücksichtigung des Profi-Handballs entstehen gegenüber einer Halle ausschließlich zu Deckung des Bedarfs im Schul- und Breitensport, werden beziffert.
3. Der städtische Anteil der Baukosten wird auf ein Mindestmaß verringert durch Kostenbeteiligung Dritter (Sponsoring) bzw. der späteren Nutzer/innen. Dabei stehen die unter 2. genannten Mehrkosten bzw. der HCE besonders im Fokus.
4. Es wird sichergestellt, dass der geplante Eingriff in die Freiflächen minimiert wird und sich auch langfristig auf den jetzt geplanten Eingriff beschränkt. Dies bedeutet unter anderem, dass die nach aktueller Planung wegfallenden Tennisplätze nicht in einigen Jahren wieder neben der Halle erstellt werden und somit das Naturschutzgebiet weiter bedrängt wird.
5. Es wird ein Verkehrskonzept erstellt unter Berücksichtigung folgender Punkte:
 - Anbindung an den ÖPNV
 - koordinierte Nutzung der Parkplätze für Schwimmbad, Festplatz und Sporthalle, so dass z.B. Handballspiele im Sommer nur Abends stattfinden oder ein Zirkus nur dann gastiert, wenn kein Handballspiel ansteht
 - bei Veranstaltungen mit Eintritt wird die/der jeweilige Veranstalter/in verpflichtet, ein Kombiticket (Eintrittskarte als Fahrkarte) anzubieten
 - Ausweitung von Bewohnerparkplätzen im Umfeld
 - Kontrolle der Parksituation im Umfeld bei Großveranstaltungen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Harald Bußmann



F.d.R.: Wolfgang Most



Pro Handball Club Erlangen /// Rathenaustraße 17 /// 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
c/o Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Mit der Bitte um Weitergabe an die Fraktionen

Oberbürgermeister - Eingang		
08. JAN. 2014 <i>Bogner</i>		
Ref.	zw. Bescheid	bis / am
	U-Entwurf	
Kopie an:	Ausl.-Vorlage	
	Rücksprache	
	Ref. Bespr.	

MR 09/01

*+ per Mail an
d. Fraktionen*

Erlangen, den 07.01.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Vorfeld der Stadtratssitzung am Donnerstag, den 09.01.2014 und der wegweisenden Beschlussfassung zur Bereitstellung von Mitteln für die Planung und den Bau einer Schul- und Vereinssporthalle erlaube ich mir, nochmals die Fakten im Hinblick auf den Spitzenhandballsport aufzuzeigen:

Es ist allgemein bekannt, dass die Karl-Heinz-Hiersemann-Halle in keinem wesentlichen Punkt den Hallenstandards der Handball-Bundesliga entspricht. Keine andere Mannschaft in der zweiten Liga muss übrigens heute noch in einer derartig veralteten Halle antreten. Es fehlt an der Zuschauerkapazität, den gegenüberliegenden Tribünen, ausreichendem Licht, den Abständen der Tribünen zum Spielfeld, den Funktionsräumen, der Beschallung, einem geeigneten Hallenboden u.v.m.. Bei einem Bundesligaaufstieg ist das Ausweichen in eine andere, geeignete Halle unvermeidlich. Aus verschiedenen Gründen kommt derzeit nur die Frankenhalle in Nürnberg in Betracht. Bereits mit Mail vom 12.12.2013 und zuvor mündlich, habe ich Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, aber mitgeteilt, dass der HC Erlangen in der kommenden Saison wegen anderweitiger, wochenlanger Buchungen der Frankenhalle (Spielwarenmesse, Consumenta etc.) nur partiell nach Nürnberg ausweichen kann. Eine zweite Spielstätte ist deshalb notwendig. Ich kämpfe seit Wochen darum, dass diese Ausweichhalle trotz aller Mängel vorübergehend unsere Erlanger Hiersemann-Halle sein kann. Entscheidendes Motiv dieser Bemühungen ist, dass uns Erlangern die beste Liga der Welt im kommenden Jahr auch in Erlangen präsentiert würde. Die Führung der HBL hat mir nun die erforderliche Ausnahmegenehmigung, im Einzelfall auch in einer Erstligasaison in die Karl-Heinz-Hiersemann-Halle auszuweichen, sehr konkret, ich meine verlässlich, als Übergangslösung in Aussicht gestellt. Die HBL hat zugleich - auch das wissen Sie seit dem Besuch des HBL-Geschäftsführers Bohmann im vergangenen Dezember in Erlangen - deutlich gemacht, dass die Frankenhalle Hauptheimspielstätte bleiben muss, eine solche Ausnahmegenehmigung, nach Erlangen im Einzelfall auszuweichen, würde sie erteilt werden, nur auf max. ein Jahr befristet würde und von Anfang an die abschließende Lösung nach diesem Übergangsjahr feststehen müsste. Wegen dieser Vorgaben, aber auch weil die Belastung der Nürnberger



Frankenhalle in den kommenden Jahren eher zunehmen wird, muss eine geeignete Halle in Erlangen spätestens im September 2015 fertiggestellt sein. Es gibt übrigens genug Beispiele dafür, dass die Planungs- und Bauphase einer solchen Sporthalle bei entsprechenden Anstrengungen trotz öffentlicher Ausschreibung weniger als 20 Monate dauern kann. Natürlich ist dann der Baubeginn in diesem Jahr zwingend erforderlich.

Bitte bedenken Sie unbedingt, dass der HC Erlangen am 01. März 2014, dem Fristende der Stellung des Lizenzantrages, eine verlässliche Aussage zur Spielstätte und letztlich eine Aussage der Stadt Erlangen braucht, dass im Sommer/Frühherbst 2015 eine HBL-konforme Halle in Erlangen zur Verfügung steht. Die Fertigstellung einer Halle in Erlangen erst im Jahr 2016 käme zu spät. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir daran zu erinnern, dass der Stadtrat der Stadt Erlangen im März vergangenen Jahres einen Grundsatzbeschluss zum Bau der neuen Schul- und Vereinssporthalle an der Hartmannstrasse fasste und Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, selbst noch im März vergangenen Jahres den Sporthallenbau in Erlangen zur "Chefsache" machten. Dem HC Erlangen wurde signalisiert, mit der Fertigstellung der Schul- und Vereinssporthalle spätestens 2015 rechnen zu können. Auf dieses Wort hat sich der HCE bei seinen Planungen verlassen.

Es wäre nicht wirklich glücklich, würde eine ohnehin dringend in Erlangen notwendige Vierfachsporthalle zu einem Zeitpunkt gebaut werden in dem sie jedenfalls dem Handballspitzensport nicht mehr dienlich ist. Somit entscheidet der Stadtrat der Stadt Erlangen am kommenden Donnerstag über das Schicksal seines größten sportlichen Aushängeschildes, des HC Erlangen, des Spitzenreiters der zweiten Handballbundesliga.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Carsten Bissel
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
Ref. V

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
VI/028/2014

Personalaufstockung AWO-Flüchtlingsbetreuung zum Antrag der Grünen Liste Nr. 254/2013 vom 23.12.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.01.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Mit Schreiben vom 20.12.2013 hat die Verwaltung die Arbeiterwohlfahrt gebeten, bei der Staatsregierung zusätzliche AWO-Flüchtlingsberater zu beantragen.
Der Antrag der Grünen Liste Nr. 254/2013 vom 23.12.2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Die Flüchtlinge in Erlangen brauchen neben den Dienstleistungen des Melde-/Ausländerwesens und der Abteilung 502, Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch soziale Betreuung. Diese wird in Erlangen durch zwei AWO-Flüchtlingsberater und einen großen Kreis von ehrenamtlichen Kräften gewährleistet.

Die Erfahrung der letzten Monate/Jahre zeigt, dass die Akzeptanz der Flüchtlinge durch die Nachbarschaft von der Betreuung der Flüchtlinge abhängt. D.h. sie ist umso besser, je weniger die Flüchtlinge sich selbst überlassen sind.

Die Stadt Erlangen kooperiert (auch finanziell) mit der AWO bei der Finanzierung der Flüchtlingsberater, weil die Finanzausstattung seitens der Staatsregierung nur anteilig ist.

Im kommenden Jahr wird sich die Zahl der Flüchtlinge nochmals deutlich erhöhen. Daher hat die Verwaltung im Nachgang des Runden Tisches Flüchtlinge die AWO Erlangen angeschrieben, mit der Bitte, neue Zuschüsse für weitere AWO-Flüchtlingsberater zu beantragen.
Das Schreiben liegt bei.

Anlagen: Antrag der Grünen Liste Nr. 254/2013 vom 23.12.2013
Schreiben vom 20.12.2013 an die Arbeiterwohlfahrt Erlangen

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 23.12.2013
Antragsnr.: 254/2013
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/Fr. Dr. Preuß
mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 23.12.2013

Antrag: Personalaufstockung AWO-Flüchtlingsbetreuung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir unterstützen einen einstimmigen Beschluss des Runden Tisches Flüchtlinge vom 14. November und beantragen:

Die Stadtverwaltung wirkt daraufhin, dass die AWO-Flüchtlingsbetreuung 2014 personell verstärkt wird.

Die AWO-Flüchtlingshilfe hat zusammen mit EFIE die Betreuung der vielen neuen Flüchtlinge in einem beispiellosen Kraftakt gemeistert. Der Betreuungsaufwand ist weiterhin sehr hoch, zumal nach wie vor viele neue Flüchtlinge keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, um sich selber vertreten zu können. Zusätzlich benötigt ein hoher Anteil kranker Menschen (darunter viele Klein- und Schulkinder) auch immer wieder Begleitung zu Ärzten.

Bis Sommer 2014 wird die Stadt voraussichtlich 140 neue Flüchtlinge aufnehmen müssen. Deren Ankunft wird die Betreuung der bereits bei uns wohnenden Flüchtlinge erheblich beeinträchtigen, weil die AWO-Flüchtlingshilfe und EFIE bereits jetzt schon am Limit arbeiten. Insbesondere kann die Asylsozialarbeit nicht ausschließlich auf die Schultern der Ehrenamtlichen gelegt werden, die Stadt Erlangen muss hier ihrer Verantwortung für eine professionelle Beratung der Flüchtlinge nachkommen. Daher soll die AWO-Flüchtlingshilfe personell aufgestockt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler

F.d.R.: Wolfgang Most

Stadt Erlangen

Bürgermeisterin
Dr. Elisabeth Preuß
Referat für Soziales

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Erlangen-Höchstädt e.V.
Frau Jutta Helm
Michael-Vogel-Str. 26
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon 0 91 31 / 86 22 27
Telefax 0 91 31 / 86 22 13
E-Mail: elisabeth.preuss@stadt.erlangen.de
Internet: <http://www.erlangen.de>
Az. V/PE007/NS006

20. Dezember 2013

Sehr geehrte Frau Helm,

die AWO-Flüchtlingsberater sind seit Jahren ein wertvoller und kompetenter Partner bei der Betreuung von Flüchtlingen.

Nun erwartet die Stadt Erlangen im Laufe des kommenden Jahres weitere Flüchtlinge, bis hin zu einer Verdopplung der aktuellen Zahl.

Das wird Erlangen als Stadt nicht in Schwierigkeiten bringen: Bei über 100 000 Einwohnern sollten 500 Flüchtlinge kein Problem darstellen.

Eines haben wir gelernt: Die Akzeptanz der Flüchtlinge in der Nachbarschaft hängt ganz entscheidend von der sozialen Betreuung ab. Die Stadtverwaltung hält es daher für unabdinglich, die Zahl der AWO-Flüchtlingsberater zu erhöhen. Wir wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie beim zuständigen Ministerium eine weitere Stelle beantragen würden. Sehr gerne schreiben wir für diesen Antrag eine Stellungnahme der Stadt Erlangen.

Sehr geehrte Frau Helm, ich hoffe, dass die AWO, die Stadtverwaltung und viele ehrenamtliche Kräfte in Erlangen weiterhin dafür sorgen werden, dass das Miteinander von Erlangern und Flüchtlingen gelingt. Ziel ist es, dass die Flüchtlinge sich möglichst bald auch als Erlanger fühlen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Elisabeth Preuß

- I. Kopie <Amt 50>
- II. Kopie <50 Frau Kleemann-Mouhejri>
- III. Kopie <502 Frau Schöner>

erlanger

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 07.01.2014
Antragsnr.: 001/2014
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI
mit Referat: III, V

erlanger Linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 Di-Do 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
 Freitag 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

tel 09131/86-1789
 fax 09131/86-1791
 e-mail:erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 7.1.2014

DRINGLICHKEITSANTRAG ZUM

STADTRAT am 9.1.2014:

Behandlung unseres Antrags 235/2013 zum Schutz der GBW Wohnungen.

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Unser Antrag 235/2013 wurde in den Fachausschuss verwiesen, nach unserer Erinnerung wurde eine Behandlung am 21.1. 2014 zugesagt.

- Wir beantragten anschließend, in der Sitzung am 3.12. den Mitgliedern des UVPA die folgenden zwei Artikel zu Milieuschutzzsatzungen zur Kenntnis zu geben, was nicht geschehen ist, Wir wiederholen diesen Antrag und bitten die beiden Artikel als Anlage zu diesem Antrag abzudrucken:
 - Münchner Broschüre zu Erhaltungssatzungen 1987_bis_2012.pdf (1). Milieuschutzzsatzungen werden in München bis heute angewendet.
 - Artikel der „Fränkischen geographischen Gesellschaft“ über die Pionierarbeit der Stadt Nürnberg mit sozialen Erhaltungssatzungen (2)
- Wir beantragen, unseren Antrag 235/2013 in der Sitzung des UVPA am 21.1. zu behandeln.
- Dazu möge die Verwaltung bereits eine Vorlage erarbeiten, die es dem Ausschuss ermöglicht, das Verfahren zur Aufstellung ggf. fehlender Bebauungspläne und der geforderten Milieuschutzzsatzungen in Gang zu setzen. Die Vorlage soll auch die Absichtserklärung enthalten, in den betroffenen Gebieten keine Nachverdichtungen zuzulassen.
- Zu der Sitzung am 21.1. möge die Verwaltung versuchen, einen Mitarbeiter der Müncher Stadtverwaltung mit praktischer Erfahrung bei Milieuschutzzsatzungen zu einem Vortrag zu gewinnen.

- Für die UVPA Sitzung am 21.1. beantragen wir ergänzend: Die Stadt Erlangen fordert die Landesregierung auf, für Grundstücke in den geforderten Erhaltungssatzungsgebieten eine Rechtsverordnung nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB zu erlassen. Damit würde die Umwandlung in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig.

Begründung der Dringlichkeit:

Der aktuelle Weiterverkauf der GBW-Wohnungen zeigt, dass die Stadt dringend Alles zum Schutz der betroffenen MieterInnen unternehmen muss. Die Dringlichkeit ergibt sich auch aus der Zusage im Vertagungsbeschluss, den Antrag „umgehend“, nach unserer Erinnerung am 21.1. zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Quellen:

1) http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Bebauungsplanung/Erhaltungssatzungen/2012-07-04_Erhaltungssatzung_1987_bis_2012.pdf

2) <http://fgg-erlangen.de/fgg/ojs/index.php/mfgg/article/download/180/164>

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 30.12.2013
Antragsnr.: 255/2013
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II
mit Referat: OBM/ZV



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
 http://www.gl-erlangen.de

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 30.12.2013

Antrag zum StR am 09.01.2014: Haushalt 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Haushalts-Stadtratssitzung am 09.01.2014 stellen wir erneut folgende Anträge:

Stellenplan

Amt 32 Ordnungs- und Straßen- verkehrs- amt	Baustellen- kontrolleurIn	1 Vollzeitstelle	Reduziert Schäden im öffentlichen Raum, z.B. beim Straßenbegleitgrün, verringert Konflikte mit Nachbarschaft, FußgängerInnen und RadlerInnen (Forderung des ADFC!) und vermeidet Regressansprüche an die Stadt Erlangen. Finanziert sich selber aus Bußgeldern. Erhöhung der Einnahmen aus Buß- und Ordnungsgelder um 19.3000 hilfsweise aus den allgemeinen Finanzierungsvorschlägen.
Amt 51 Jugendamt	SpringerIn Spiel- und Lernstuben	1 VZ-Stelle	Zur Vertretung, wenn eine Mitarbeiterin / ein Mitarbeiter ausfällt.
Amt 51 Jugendamt	Interkulturelle Elternarbeit an Schulen und Kindergärten	1 VZ-Stelle	Aufgrund der gesammelten Erfahrungen sowie die Rückmeldungen aus Schulen, Förderschulen, Kindergärten und MigrantInnenvereinen ist der Ausländer- und Integrationsbeirat zu der Überzeugung gekommen, dass eine erhebliche Verbesserung im Bereich der interkulturellen Elternarbeit nur durch eine professionelle Begleitung mit interkultureller Kompetenz erreicht werden kann. Die wesentliche Aufgabe ist die Koordination und Vernetzung verschiedener Akteure und Multiplikatoren in den Schulen, Förderschulen, Kindergärten und MigrantInnenvereinen sowie in der Erarbeitung eines Konzeptes zur Elternschulung für Eltern mit Migrationshintergrund. Eltern, die ihre Kinder optimal fördern wollen, aber nicht selber in dazu in der Lage sind, dürfen nicht alleine gelassen werden.

Ergebnishaushalt

Amt 61 Stadtplanungsamt	Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung städtebaul. Konzepte	- 25.000 Euro	Wir wollen frühzeitige und echte Bürgerbeteiligung. Mitbestimmung statt bloßer Information muss bei größeren Projekten selbstverständlich werden.
Amt 61 Stadtplanungsamt	Mobilitätsmanagement	- 10.000 Euro	Die umfangreiche Befragung der MitarbeiterInnen großer Erlanger ArbeitgeberInnen durch die FAU 2012/2013 soll nicht in der Schublade verschwinden, sondern zu gezielten Maßnahmen führen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Beratungsleistungen).
Amt 41 Kultur- und Freizeitamt	Zuschuss an Frauenkultur- und Bildungszentrum	- 18.000 Euro	Die Streichung der städt. Mittel hatte zur Folge, dass Mitarbeiterinnen nur noch auf Stundenbasis beschäftigt werden können. Trotz erheblicher Unterstützung durch Ehrenamtliche ist dies völlig unzureichend.
	Kürzung der Fraktionszuschüsse um 10%	13.600 Euro	Deckungsvorschlag
	Kürzung Aufwands- entschädigungen Stadträte/Stadträtinnen um 10%	53.000 Euro	Deckungsvorschlag

Investitionsplan

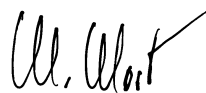
Amt 24	Ernst-Penzoldt-Schule	- 400.000 Euro	Sanierung Außenhülle und Fenster. Der Beginn 2014 ist sinnvoll, da dann parallel zum Emil-von-Behring-Gymnasium saniert werden kann - außerdem frühere Energieeinspareffekte.
Amt 66	Geh-/Radweg Dechsendorf - Röttenbach	- 230.000 Euro	Nach Erlangen pendelnde RadlerInnen fördern und Bau um drei Jahre vorziehen. Sonderdeckungsvorschlag: 195.000 Euro aus Staatszuweisungen, Rest aus allgemeiner Deckung.
	Parkeinrichtungen Fahrradabstellanlage Bahnhof	- 120.000 Euro	Für vorbereitende Grundstücksmaßnahmen: Seit Jahren ist diese unbefriedigende Situation bekannt, bisher erfolgte keine Berücksichtigung - Förderung des Umweltverbunds.

Für unsere Anträge machen wir folgende Deckungsvorschläge:

- Kürzung der Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuschüsse um 10 % 66.600 Euro
- kurzfristige Kreditaufnahme 860.000 Euro
- Personalkostenüberschüsse

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens



F.d.R.: Most



Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 08.01.2014
Antragsnr.: 004/2014
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II
mit Referat: V, I/52

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Di-Do 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail:erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de>

Erlangen, den 07.Januar 2014

Antrag zur Stadtratssitzung am 09.01.2014 / Haushalt 2014

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

zur Haushalts-Stadtratssitzung am 09.01.2014 stellen wir erneut folgende Anträge:

1.Antrag auf Schaffung der Stelle eines ehrenamtlichen Ombudsmannes / einer ehrenamtlichen Ombudsfrau für sozialamts- u. (GGfA-) abhängige Erlanger Bürger u. Bürgerinnen.

die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt die Neuschaffung der Stelle einer/eines ehrenamtlichen Ombudsfrau /-mannes für die Vermittlung zwischen sozialleistungsabhängigen Erlanger Bürgern und den jeweils zuständigen Sachbearbeitern beim Sozialamt / der GGfA.

Hierfür sollen in den Haushalt 5000.- Euro eingestellt werden.

Begründung:

Die Notwendigkeit eines solchen Amtes ergibt sich unseres Erachtens aufgrund der zum Teil drastischen Mittelkürzungen seitens des Bundes im Sozialbereich, durch die in letzter Zeit des öfteren Situationen entstehen, in denen Mitarbeiter der o.a. Institutionen Entscheidungen treffen müssen, die vor allem auf dem Sektor Wohnen bzw. Wohnraumbeanspruchung schwer hinnehmbare Folgen für die Anspruchsberechtigten haben können. So z. B. das Herausgerissenwerden aus der langjährigen Wohnumgebung, nur weil die beanspruchte Wohnung einige Quadratmeter größer ist als seitens des Gesetzgebers zugestanden. - Aber auch manche zum wiederholten Mal erfolgte Zuweisungen in Kurse, die seitens der Sozialleistungsempfänger als unwirksam und daher gelegentlich auch als schikanös empfunden werden, überfordern wohl gelegentlich Vermittler wie Vermittlungswillige in gleicher Weise. Eine unparteiische Person, die sich dazu bereit fände, ehrenamtlich als Mediatorin / Mediator zu fungieren - zu denken wäre hier etwa an eine praxiserfahrene Person aus dem Wohlfahrtsbereich – wäre unserer Meinung nach für die Probleme des

genannten Personenkreises sicher die richtige Lösung.

2. Antrag auf Einführung eines Semestertickets für Erlanger Studenten

Die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt die Einführung eines Semestertickets für Erlanger Studenten. Zur Ermittlung der Kosten sollen die in anderen Universitätsstädten geltenden Tarife zum Vergleich herangezogen werden. Die Stadt wird gebeten, zum Zweck der Realisierung Verhandlungen mit Universität und VGN aufzunehmen.

Begründung:

Erlanger Studenten bezahlen offenbar weit höhere Preise für ihre Busfahrkarten als Studenten in anderen Universitätsstädten - etwa verglichen mit dem Beispiel München :

In den Erlanger Nachrichten vom 01/02. November 2013) findet sich hierzu folgender Kommentar : " Noch einmal zum Thema Universität. In München gibt es seit diesem Studienjahr ein Semesterticket, das mit einem Kostenbeitrag von 59 Euro pro studi diesen Namen auch verdient und die Studierenden in der Landeshauptstadt beweglich macht. Bei uns gibt es ein solches Ticket immer noch nicht - und es ist schon ärgerlich, dass sich hier Verkehrsunternehmen und die Kommunalpolitik hinter Finanzierungsproblemen verschanzen oder gar rechtliche Gründe geltend machen, eine spezielle fränkische Rechtsklausel, die das verbietet, ist jedenfalls nicht bekannt".

Im hessischen Darmstadt etwa gilt der Studenausweis gleichzeitig als Semesterticket. Mit ihm können Studenten alle Regionalzüge, U- und S-Bahnen, Straßenbahnen und Busse im gesamten Gebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) benutzen. Allerdings ist das Semesterticket als solches nicht kostenlos, sondern es muß nur nicht extra gekauft werden, da die Kosten dafür im Semesterbeitrag enthalten sind, der beim Einschreiben bzw. beim Rückmelden jedes Semester an die dortige TU zu überweisen ist. Ab Sommersemester 2013 beläuft sich der Preis auf 110 Euro. (<http://www.asta.tu-darmstadt.de/asta/de/angebote/semesterticket>)

Anzustreben wäre in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Lösung, die für Erlangen wohl nur im Zusammenspiel von Stadt, Universität und VGN möglich ist.

3. Antrag auf Ausstellung von sog. „Kinderpässen “ für bedürftige Kinder

Hiermit stellen wir zum wiederholten Mal den Antrag auf Ausstellung von sog. „Kinderpässen “ für bedürftige Kinder.

Unter „bedürftigen Kindern“ verstehen wir Kinder aus sozialleistungsabhängigen Familien, aus ALG-abhängigen Bedarfsgemeinschaften, von Wohngeldempfängern und aus Flüchtlingsfamilien, die in Erlangen Aufnahme gefunden haben .

Der Kinderpass für bedürftige Kinder soll beinhalten:

1. Kostenlose Nutzung aller städtischen Einrichtungen (Bäder, Musikschule, Theater, Museum, Bibliothek usw.
2. Kostenlose Nutzung von öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Wahrnehmung o.a. Angebote.
3. Erhöhung der Schulbeihilfe: für jedes schulpflichtige Kind pro Schuljahr auf 50 € zum Erwerb nötiger Lernmittel .

Die Organisation der kostenlose Teilnahme an städtischen Ferien- und Freizeitangeboten und Organisation der Übernahme der Mitgliedsbeiträge in Sport- und anderen Vereinen übernimmt die Stadtverwaltung

Begründung:

Vereinfachung der Wahrnehmung von Teilhabe am öffentlichen Leben

4. Antrag auf Fortbetrieb des Hallenbads Frankenhof bis zur Fertigstellung des neuen Hallenbads auf dem Gelände des Freibads West.

Die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt den Fortbetrieb des Hallenbads Frankenhof bis zur Fertigstellung des neuen Hallenbads auf dem Gelände des Freibads West.

Zum Unterhalt des Hallenbads bzw. zur Beseitigung ggf. neu zutage tretender Bauschäden sollen 200.000.- € eingestellt werden.

Die finanziellen Mittel hierfür sollen aus den Einsparungen aufgebracht werden, die sich aus der von uns beantragten Streichung der Mittel für die geplante "Vierfach-Sporthalle" an der Hartmannstraße ergeben (vgl. hierzu unseren entsprechenden HH-Antrag) .

Begründung:

Der Breitensport Schwimmen - auch während der kalten Jahreszeit – hat für uns grundsätzlich höhere Priorität als der doch eher elitäre Leistungssport Handball, dem wir zwar durchaus auch einen prestigeträchtigen Hallenneubau gönnen würden, allerdings nur unter der (vorerst leider nicht gegebenen) Voraussetzung eines entsprechend gefüllten Stadtsäckels

Entsprechend dem Bürgerbegehren für den vorläufigen Erhalt des Hallenbads im Frankenhof treten wir deshalb dafür ein, die endgültige Schließung des Hallenbads im April/Mai 2014 durch entschiedenes Auftreten gegenüber den ESTW zu verhindern und sich dafür einzusetzen, daß der Badebetrieb bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme des geplanten neuem Hallenbads auf dem Westbadgelände provisorisch aufrecht erhalten bleibt.

Eine umfangreiche Kernsanierung, die wohl erforderlich wäre, wollte man den Betrieb des Hallenbads auf weitere Jahrzehnte sichern, schließen wir dabei wegen der hohen Kosten ebenso aus wie der Aufsichtsrat der ESTW: Ggf. existierende oder während des Fortbetriebs auftretende Mängel an Dachhaut und Schwimmbecken

dürften sich dagegen mit den für Reparaturen bereitzustellenden Mitteln (s.o.) beheben lassen.

Nach unserem Dafürhalten kann der Hinweis auf die inzwischen verbrauchte Technik des Frankenhofbads nicht darüber hinwegtäuschen, daß die veraltete Technik bis dato ihren Zweck noch erfüllt und die für den Westbadhallenbau benötigten 3 Jahre sicher noch durchhalten wird. Eine unmittelbare Sicherheitsgefährdung – etwa durch statische Mängel des Gebäudes – besteht offensichtlich auch noch nicht, ansonsten würden die Stadtwerke ein entsprechendes Gutachten sicherlich längst vorgelegt haben.

5. Antrag auf Streichung sämtlicher Mittel für die geplante Sporthalle an der Hartmannstraße.

Die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt die Einziehung der Restmittel auf der Haushaltsstelle IP 424F.400 (Planungsmittel Sporthalle Hartmannstrasse). Auf dieser Haushaltsstelle sollen keine Mittel oder Verpflichtungsermächtigungen mehr eingestellt werden.

Begründung:

Die für die Bedürfnisse des Handballeistungssportes geplante Halle soll nun unter dem Deckmantel des Schulsportes finanziert werden. Die Erlanger Linke lehnt diese rechtlich fragwürdige Umwidmung von Schulsportmitteln ab. Insbesondere solange die kaputtgesparte Bausubstanz der Schulen samt Turnhallen mit vielen Millionen dringend saniert werden muss.

Wir wollen darüber hinaus Schülern und Lehrkräften keine langen und zeitaufwendigen Anfahrtswege zu zentralen Sportstätten zumuten, der Bedarf der Schulen soll stattdessen dezentral an den jeweiligen Schulen selbst gedeckt werden.

Die Erlanger Linke lehnt jede weitere Bebauung auf dem ehemaligen Exerzierplatz ab, zumal schon das Max-Planck-Institut in dem dort entstandenen ökologisch wertvollen Naherholungs- und Naturgebiet gebaut wird. Das Beispiel Helmholtz-Institut zeigt, dass sich mit gutem Willen auch alternative Standorte finden lassen – z.B. auf dem Gelände der Technischen Fakultät.

Mit dem Bau einer Halle für ca. 2000 Zuschauer würde zudem die schon jetzt von den Anwohnern der umliegenden Wohngebiete als unzumutbar empfundene Verkehrsbelastung samt Parkdruck noch weiter zunehmen.

Angesichts dringender erforderlicher Sanierung von maroden Erlanger Schulen, Bädern, Straßen und Brücken erscheint uns der geplante Neubau der "Vierfachhalle" an der Hartmannstraße auch deshalb als absolut überflüssig, weil die für dieses Projekt zu veranschlagenden Baukosten vermutlich noch weit über den bis dato geschätzten Baukosten (in Höhe von acht Millionen Euro) lägen. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die wiederholten Sparappelle, die unser besorgter Stadtkämmerer erst kürzlich - in Erwartung der Haushaltsanträge 2014 - an den Stadtrat richtete.

Der oben erwähnte dringende Renovierungsbedarf an städtischen Bauwerken ist derart evident, daß derzeit nahezu in jedem Einzelfall – und ganz besonders

natürlich im Hinblick auf Renommierbauwerke wie die geplante "HC-Mehrzweckhalle" - zu prüfen ist, welche Rangordnung dem jeweiligen Projekt zukommt, vor allem dann, wenn die zu erwartenden Ausgaben immense Höhen erreichen.

Zur Deckung unserer Anträge schlagen wir vor, die Einsparung der Kosten für die Sporthalle heranzuziehen und/oder erforderlichenfalls kurzfristig einen entsprechenden Kredit aufzunehmen. Zu denken wäre auch an eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf Nürnberger Niveau.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Barbara Grille M.A. / Joachim Jarosch

Stadträte
Vogelherd 2, 91058 Erlangen
Tel.: 09131/602426
Fax: 09131/602484
E-Mail: stadtraetin_grille@gmx.de; joachim.jarosch@web.de

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang:	09.01.2014
Antragsnr.:	005/2014
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	II
mit Referat:	

Erlangen, den 8. Januar 2014

Antrag zum Haushalt 2014 für den Haushaltsstadtrat am 9. Januar 2014

Einstellung von Planungskosten für die Fahrbahndeckenerneuerung und Sanierung des Bürgersteigs „An der Wied“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen für die dringend notwendige Fahrbahndeckenerneuerung / Generalsanierung der Straße und des Gehweges „An der Wied“ zwischen Franzosenweg und Heuweg für das Haushaltsjahr 2014 Planungsmittel in Höhe von 10.000 Euro.

Somit kann das Tiefbausamt die von ihnen genannten Leistungen erbringen (Vorplanungen und Untersuchungen sowie öffentliche Beteiligung) und die Vorarbeiten aufnehmen, damit eine Umsetzung in 2015 ff. geschehen kann.

Der sehr schlechte Zustand der Straße und vor allem des Gehweges ist als Beispielfoto in Berichterstattungen über den maroden Zustand unseres Straßen in den Erlanger Nachrichten 2013 mehrmals abgedruckt worden.

Deckungsvorschlag:

Einsparung bei Zinsausgaben: 10.000 €

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr

Ihre



Joachim Jarosch



Barbara Grille

Barbara Grille M.A. / Joachim Jarosch

Stadträte
Vogelherd 2, 91058 Erlangen
Tel.: 09131/602426
Fax: 09131/602484
E-Mail: stadtraetin_grille@gmx.de; joachim.jarosch@web.de

<u>Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO</u>	
Eingang:	09.01.2014
Antragsnr.:	006/2014
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	II
mit Referat:	

Erlangen, den 7. Januar 2014

Antrag zum Haushalt 2014 für den Haushaltsstadtrat am 9. Januar 2014
Einzug der Planungsmittel in voller Höhe für das geplante Gewerbegebiet „Geisberg“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen, die im Haushalt 2014 eingestellten Mittel für das Projekt „Neues Gewerbegebiet Geisberg“ komplett einzuziehen und diese Mittel dem Haushalt über die Position „freie Liquidität“ zuzuführen.

Die hierbei frei werdenden Mittel sollen zur Reduzierung der bevorstehenden Nettoneuverschuldung mittels Darlehensaufnahme führen bzw. zur Gegenfinanzierung wichtiger anderer Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen!
Ihr

Ihre



Joachim Jarosch



Barbara Grille

Veränderungen bei der laufenden Verwaltungstätigkeit				
ENTWURF				
Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Entwurf	297.687.100			
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Entwurf		-295.216.400		
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - Entwurf			2.470.700	Finanzierungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit Entwurf
Änderungen aufgr HH-Beratung Finanzhaushalt				
Summe der vom HFGPA begutachtete Änderungsanträge	1.201.400	-2.799.000	-1.597.600	Haushalts-Verschlechterung
In den Stadtrat verwiesene Änderungsanträge				
Stellenplan Nr. 49 Konzept Leitungsassistenten		-89.800	-89.800	Haushalts-Verschlechterung
Stellenplan Nr. 66 Fachakademie Medizintechnik		-70.900	-70.900	Haushalts-Verschlechterung
Stellenplan: Refinanzierung 10 Std. Bestandskataloge Abt. 452	9.200		9.200	Haushalts-Verbesserung
Stellenplan: Refinanzierung 2,0 Lehrer bei 40T - !!! erst ab HJ 2015 !!!	0		0	
HH.13.0. HH.13. + HH.14. = Schlüsselzuweisung	-476.000		-476.000	Haushalts-Verschlechterung
HH.20. + HH.21. = Bezirksumlage		-808.000	-808.000	Haushalts-Verschlechterung
HH.23. = Zinsersparnisse			0	wird in der Sitzung bekanntgegeben
			0	mögliche Verschlechterung aufgrund der verwiesenen Anträge: -1.435.500 Euro
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	298.421.700			
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-298.984.100		
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit			-562.400	Finanzierungsmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit

Veränderungen bei der Investitionstätigkeit				
ENTWURF				
Investitionstätigkeit	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit - Entwurf	14.681.300			
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit - Entwurf		-30.761.500		
Saldo aus Investitionstätigkeit - Entwurf			-16.080.200	Finanzierungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit Entwurf
Änderungen aufgr HH-Beratung Finanzhaushalt				
vom HFPa begutachtete Änderungsanträge	2.074.000	-4.292.700	-2.218.700	Haushalts-Verschlechterung
In den Stadtrat verwiesene Änderungsanträge				
StUB, Planungs- und Baukosten		-2.000.000	-2.000.000	
Generalsanierung Frankenhof-1.BA-m.Sing- u.Musikschule		-500.000	-500.000	
Fachschule für Techniker, Schuleinrichtungsgegenstände		-50.000	-50.000	
Gemeindestraßen „Aktive Zentren“ Bismarckstraße, Ausbau		40.000	40.000	
Neubau Sporthalle	0	-2.000.000	-2.000.000	
Ersatzbau f. Lernstube Villa; Baumaßnahme		450.000	450.000	
				mögliche Verschlechterung aufgrund der verwiesenen Anträge: -4.060.000 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16.755.300			
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-39.114.200		
Saldo aus Investitionstätigkeit			-22.358.900	Finanzierungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit
Veränderungen bei der Finanzierungstätigkeit				
ENTWURF	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	
Einzahlungen (Aufnahme v. Krediten) aus Finanzierungstätigkeit - Entwurf	8.430.000			
Auszahlungen (Tilgungsausgaben) aus Finanzierungstätigkeit - Entwurf		-8.430.000		
Saldo aus Finanzierungstätigkeit			0	Nettoneuverschuldung: 0 €
Änderungen aufgr HH-Beratung Finanzhaushalt				
vom HFPa begutachtete Änderungsanträge			0	
In den Stadtrat verwiesene Änderungsanträge			0	
Saldo aus Finanzierungstätigkeit			0	Nettoneuverschuldung: 0 €
möglicher Finanzmittelfehlbetrag nach HH- Beratungen			-22.921.300	Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (neu)

Abgleich	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	
möglicher Finanzmittelfehlbetrag nach HH-Beratungen			-22.921.300	Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (neu)
Abgleich bei der laufenden Verwaltungstätigkeit				
Krankenhausumlage gem. Schr. vom 17.12.2013 = 2.296.555 EUR (Verw.-entwurf = 1.904.000 EUR)	0	-393.000	-393.000	Verschlechterung
Gewerbesteuermehrerträge neue Hochrechnung	1.100.000	0	1.100.000	Haushalts-Verbesserung
Gewerbsteuerumlage-Mehraufwand: Konsequenz aus Mehrerträgen		-172.500	-172.500	Verschlechterung
				Verbesserung: 534.500 Euro
Abgleich bei der Investitionstätigkeit				
HH-neutrale Umschichtung wegen Mittelbereitstellung in 2013: - Lernstube Brucker Lache - Neubau Jugendtreff FAG-Gelände		120.000 -120.000	120.000 -120.000	HH-neutrale Umschichtung
Korrektur: Staatszuweisungen GW/RW Dechsendorf/Röttenbach; Baumaßnahme im HH-BWA abgelehnt; Keine Zuweisung in 2014	-195.000		-195.000	Verschlechterung
				Verschlechterung: 195.000 Euro
Abgleich bei der Finanzierungstätigkeit				
bisherige Vorgabe: keine Nettoneuverschuldung			0	
			-22.581.800	möglicher Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (neu)
Nicht gebundene Liquidität			11.073.640	-siehe Anlage "Liquiditätsbetrachtung"-
möglicher Finanzmittelfehlbetrag Kassenfehlbetrag			-11.508.160	
Mögliche Deckung: Kreditaufnahme			-11.508.160	

Anlage Liquiditätsbetrachtung				
Anfangsbestand an Finanzmitteln am 01.01.2014 = Bank- und Kassenbestand am 01.01.2014 Pos. 500			27.573.640	Entwurf : 36.254.360 Euro (Schätzung 09.08.2013) Begr. zur Abweichung vom Entwurfswert: Keine Neuveranschlagung von HhR wg. hohem Liquiditätsabfluss; Ansatz GewSt (ohne Sonderzahlung) nicht erreicht, hohe Ausgaben im Vgl. zu Vorjahren bei Grunderwerb und KiTa-Zuschüssen, Mittelbereitstellungen in 2013
abzüglich gebundener Beträge:				
aus der Liquidität zu finanzierende Haushaltsausgabereste 2013			-3.400.000	Haushaltsausgabereste Basis: Durchschnitt der Jahre 2006 - 2012 Haushaltsreste durchschnittlich 18,7 Mio. EUR davon durchschnittl. Verbrauch: 65,0 %: 12,2 Mio. Zu finanzierende Haushaltsreste: 12,2 Mio. EUR Finanzierung über verbliebene Kreditermächtigung 2012: 3,9 Mio. EUR verbliebene Kreditermächtigung 2013: 4,9 Mio. EUR Liquidität: 3,4 Mio EUR
Rückstellungen für Lieferungen und Leistungen			-5.000.000	Durchschnittswert der Jahre 2009 - 2012
NEU ! Rückstellung für Gewerbesteuerrückzahlung einschl. Verzinsung und Erstattungszinsen DERZEIT KEIN HÖHERER WERT DARSTELLBAR			-8.100.000	Im Ergebnishaushalt 2013 wurden 27,5 Mio. EUR kontiert (Gewerbesteuer: 22,0 Mio. EUR und Zinsen: 5,5 Mio. EUR) Dieser Betrag muß eventuell in voller Höhe zuzüglich Erstattungszinsen (Zinslauf 07/2013 und 1/2014 je zur Hälfte): 4,8 Mio. EUR zurückbezahlt werden. Für 50 % des möglichen Rückzahlungsbetrages von 32,3 Mio. EUR = 16,2 Mio. EUR sollte Kassenliquidität reserviert werden.
= die nicht gebundene Liquidität			11.073.640	

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Tischauflagen -öffentlich-	1
----------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 4 Bedarfsbeschluss mit Raumprogramm und Planungsbeschluss für eine neue S	
Fraktionsantrag Grüne Liste Nr, 003/2014 52/242/2013	2
Schreiben HCE 52/242/2013	4
TOP Ö 7.1 Personalaufstockung AWO-Flüchtlingsbetreuung	
Beschlussvorlage V/028/2014	6
Antrag der Grünen Liste Nr. 254/2013 vom 23.12.2013 V/028/2014	7
Schreiben vom 20.12.2013 an die Arbeiterwohlfahrt Erlangen V/028/2014	8
TOP Ö 7.2 Dringlichkeitsantrag Nr. 001/2014 der Erlanger Linke zum StR am 09.01	
Antrag Nr. 001/2014 001/2014/ERLI-A/001	9
TOP Ö 10 Aussprache über den Haushalt 2014 sowie Behandlung evtl. Änderungsantr	
Antrag Grüne Liste Nr. 255/2013 II/275/2013	11
Antrag Erlanger Linke Nr. 004/2014 II/275/2013	13
Antrag Grille/Jarosch Nr. 005/2014 II/275/2013	18
Antrag Grille/Jarosch Nr. 006/2014 II/275/2013	19
TOP Ö 14 Haushalt 2014 - Abgleichsvorschlag	
möglicher Abgleichsvorschlag II/277/2013	20

Inhaltsverzeichnis	24
--------------------	----